

## Gedenken mit falschen Vorzeichen

*Die Bundeswehr hat schon einen - vielleicht braucht Deutschland als Ganzes auch einen Traditionserlass. Eine Warnung vor neueren Tendenzen der Geschichtsklitte- rung.*

Von Shimon Stein und Moshe Zimmermann

Trügt der Schein, oder zeichnet sich in Deutschlands Erinnerungskultur eine Trendwende ab? Schön wäre es, wenn nicht allein für die Bundeswehr, sondern ganz allgemein ein "Traditionserlass" Geltung gewinnen könnte, der für den Umgang mit kollektiver Erinnerung Richtlinien anbietet - nicht als Verordnung oder gar, wie neuerdings in Polen, als gesetzliche Grundlage für Strafverfolgung, sondern als Orientierungshilfe, um einem eventuellen Kurswechsel zuvorzukommen oder ihn wenigstens feststellen zu können.

Viele halten Deutschland für den "Weltmeister der Vergangenheitsbewältigung", weil es sich mit der schlimmstmöglichen Vergangenheit konsequent auseinandergesetzt hatte und dabei eine Mea-culpa-Haltung zunehmend perfektionierte. Der überraschte Beobachter nimmt zur Kenntnis, dass die kollektive Erinnerung der dritten Nachkriegsgeneration viel mehr als früher im Zeichen der Auseinandersetzung mit den deutschen Diktaturen steht: Die Zahl der Stolpersteine steigt, die Gedenktage mit Bezugnahme auf die Unrechtsregime (8. Mai, 17. Juni, 20. Juli, 9. November) etablierten sich als zentrale Erinnerungsorte, und der neue deutsche Außenminister (Jahrgang 1966) tut kund, dass er wegen Auschwitz in die Politik eingetreten ist.

Doch spätestens seit Björn Höcke von der notwendigen "erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad" sprach und Jens Maier (beide AfD) den deutschen "Schuld kult für beendet" erklärte, kommen Zweifel auf, ob sich das Pendel nicht langsam in die entgegengesetzte Richtung bewegt. Dass Rechtsradikale und Rechtspopulisten das akzeptierte Geschichtsbild durch ein alternatives (Metapedia statt Wikipedia) ersetzen wollen, ist nicht neu. Leugnung der Schoa, Lob für das Dritte Reich (Autobahnen, Vollbeschäftigung, Nationalstolz) haben auf diesem Flügel Tradition. Doch solange dieser Flügel durch keine Partei im Bundestag vertreten war, fehlte auf der höchsten parlamentarischen Ebene die Plattform für einen alternativen Erinnerungskurs.

Als seinerzeit der CDU-Abgeordnete Martin Hohmann die Deutschen als "Tätervolk" relativierte, musste er aus der Partei ausscheiden. Als Jürgen Möllemann (FDP) sich antisemitischer Wahlpropaganda bediente, musste er den Hut nehmen. Doch jetzt, wo Hohmann für die AfD im Bundestag sitzt ("Religionsunterricht ist und muss ein Sonderprivileg der Kirchen bleiben" - sprich: auch Juden sind diesbezüglich ausgeschlossen) und Höcke noch immer Landtagsabgeordneter dieser Partei "aus der Mitte der Gesellschaft" ist, erhalten solche Vorgänge eine Signalwirkung.

Es geht um mehr als "Klartext" auf dem rechtspopulistischen Flügel. Es ist ersichtlich, dass Anregungen aus dieser Ecke nicht automatisch auf Widerstand der Parteien des Establishments und ihrer Wähler stoßen, sondern auch auf zaghafte Zustimmung oder auf den Wunsch, beim Thema Erinnerungskultur der Konfrontation auszuweichen, um Wählerstimmen zurückzugewinnen. Die zentrale Gedenkstätte für die ermordeten Juden "Mahnmal der Schande" zu nennen, das ging sogar manchen Rechtspopulisten zu weit. Aber die Bemerkungen Gaulands beim Kyffhäuser-Treffen (hoffte man da auf die Rückkehr Kaiser Barbarossas?), man habe "das Recht, stolz zu sein auf Leistungen deutscher

Soldaten in zwei Weltkriegen" und "Man muss uns diese zwölf Jahre nicht mehr vorhalten", kamen an und ebneten den Weg für eine revisionistische Erinnerungskultur.

Nicht nur Stauffenberg, so Gauland, auch Rommel zähle zu diesem stolzen Erbe.

Für Kenner der Geschichte der Beziehungen zwischen Rommel und Hitler sowieso ein Fehlgriff - und für Israelis eine Provokation, denn hätte Rommel Palästina erobert, wären auch die damals dort befindlichen Juden Opfer der "Endlösung" geworden.

Auf den neuen Zeitgeist, zu dem sich nicht nur AfD oder Pegida-Vertreter bekennen, weisen bereits die Diskussion um den Umgang mit der NS-Kirchenglocke oder dem NS-Erntefestschauplatz Bückeberg hin. An der "Hitler-Glocke" in Herxheim (Rheinland-Pfalz) entzündete sich eine Debatte, die zeigte, wie hemmungslos auch "aus der Mitte der Gesellschaft" die Erinnerungskultur in Frage gestellt werden kann. Der Klang der Glocke ist für den Herxheimer Pfarrer offenbar wichtiger als die Assoziation, die bei deren Läuten aufkommen muss. Der mittlerweile abgesetzte Bürgermeister des Orts wollte dazu auch die "guten Seiten" von Hitler nicht verschweigen, während der neue Bürgermeister, der den Fauxpas eigentlich wettmachen wollte, mit dem Satz: "Ich höre die Opfer, es waren auch deutsche Bürger, also nicht nur die jüdischen" eine noch tiefere Erinnerungslücke offenbarte, denn somit hat er die deutschen Juden verhöhnt, die Hitler aus der "Volksgemeinschaft" entfernte. Die Informationstafeln, die über die von der NSDAP organisierten Massenversammlungen am Bückeberg informieren sollten, wollten Hunderte Bewohner des benachbarten Emmertal nicht und begründeten das mit dem Hinweis auf die hohen Kosten und auf die "Zerstörung der Landschaft".

Ein Schritt weiter ging der Stadtrat der Stadt Bergen, als er, mit einer CDU-Mehrheit, den Förderantrag für eine internationale Begegnungsstätte, für die der Bund bereits im Juni 2017 eine Finanzierung zugesichert hatte, kurz nach den Bundestagswahlen zurückzog, und das, obwohl (oder: weil?) die Gedenkstätte Bergen-Belsen als Kooperationspartner bereits feststand. Abstand nehmen, statt mitzumachen, ist bei Gedenkstätten keine Rarität mehr. Und wenn AfD-Vertreter bald in den Gedenkstätten-Gremien sitzen, dann wird der Geschichtsrevisionismus große Fortschritte machen können.

Denn noch gefährlicher als damnatio memoriae für die Erinnerungskultur der Bundesrepublik ist die Taktik des Spieß-Umdrehens - Gedenken ja, angeblich an vertraute Traditionen anknüpfend, aber mit umgekehrten Vorzeichen. Ein krasses Beispiel gab es in der Wahlpropaganda der AfD: "Sophie Scholl würde AfD wählen" - der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, ein Grundstein des bundesrepublikanischen Selbstverständnisses, wurde umfunktioniert und als Schützenhilfe für die Rechtspopulisten missbraucht. So wird die demokratische Tradition ausgehebelt und von einer anti-liberalen Strömung vereinnahmt. Auf subtilere Art, die jenseits der Reichweite der AfD ankommen sollte, benutzte Beatrix von Storch mit einem Facebook-Post zum 20. Juli die Erinnerung an von Stauffenberg: "Niemand wieder dürfen wir blind einer politischen Führung folgen und den Staat über unser Gewissen stellen." Klare Worte, die aber zum Vergleich zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik anhalten sollten.

Mit Rommel, Scholl oder Stauffenberg wird das Spieß-Umdrehen nicht enden. Alice Weidel ist vom jüngsten antisemitischen Überfall in Frankreich zu Recht erschüttert, elf antisemitisch motivierte Morde an Juden hat es in Frankreich seit 2006 gegeben. Doch auch hier muss eher auf die Schlussfolgerung geachtet werden: "Niemand kann mehr leugnen, dass muslimischer Antisemitismus die größte und furchtbarste Bedrohung für unsere jüdischen Mitbürger und das jüdische Leben in Europa darstellt." Der Zweck heiligt die Mittel.

Der aus dem rechten Flügel stammende Antisemitismus wurde damit unterschlagen.

Erinnerungsarbeit ist ein nicht endender Prozess, und "offene Gesellschaften", die antiliberalen, natio-

nalistischen Trends gegenüber nachgiebig geworden sind und dabei die kollektive Erinnerung neu zu gestalten versuchen, sind keine Seltenheit mehr. Ein zumindest virtueller "Traditionerlass" wäre zwar keine Garantie gegen den Missbrauch der kollektiven Erinnerung im Dienst einer rechtspopulistischen Politik, wohl aber ein diagnostisches Instrument: Wird der demokratische Werte-Konsens tatsächlich schon in Frage gestellt?

Shimon Stein war von 2001 bis 2007 Israels Botschafter in der Bundesrepublik und ist derzeit Senior Fellow am Institut für Nationale Sicherheit Studien an der Universität von Tel Aviv.

Moshe Zimmermann ist Professor emeritus an der Hebräischen Universität Jerusalem.

Alle Rechte vorbehalten. © F.A.Z. GmbH, Frankfurt am Main